

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.04.2016

Die Niederschrift der Kreistagssitzung vom 06.04.2016 wird bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde wendet sich Herr Peters mit folgenden Sachverhalten an den Landrat und die Abgeordneten des Kreistages:

1. Wie ist der derzeitige Stand nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Thema Altanschießer-Problematik im Land Brandenburg?
2. Er kritisiert die Arbeit des Bauordnungsamtes in Bezug auf einen Bauantrag, der negativ beschieden wurde und verweist darauf, dass eine Teilungsgenehmigung von 1994 die Ursache dafür war. Des Weiteren kann er nicht nachvollziehen, dass seine Anschreiben an den Landrat noch nicht beantwortet wurden.
3. Herr Peters verweist auf Probleme im Sozialamt des LOS mit der Ausführung von Gesetzen im SGB XII und schildert dies an Hand eines Beispiels in eigener Sache.

Danach sagt Herr Dr. Zeschmann, Fraktionsvorsitzender BVB/Freie Wähler, dass lt. Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes die Beitragserhebung in Brandenburg auf einer rechtswidrigen Grundlage erfolgt ist und die Beitragszahler ihre Beiträge zurückerhalten müssen. Ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten sagt aus, dass eine Rechtspflicht besteht, dass die Beitragszahler, wo noch offene Forderungen bestehen, ihre Beiträge zurückbekommen müssen und weitere Beitragszahler im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes ihre Beiträge ebenfalls zurückerhalten sollten.

Herr Dr. Zeschmann informiert weiter, dass die Landesregierung noch keine Stellung bezogen hat, wie sie mit dem Gutachten umgehen wird.

Anschließend erklärt der Landrat, dass das Thema „Altanschießer“ weder Sache des Landrates noch des Kreistages ist. Ansprechpartner wären hier die Gemeinden, Kommunen und die zuständigen Zweckverbände. Er kritisiert die Aussagen von Herrn Dr. Zeschmann und betont, dass das Bundesverfassungsgericht lediglich die lange Rückwirkung – die Verjährungsfrist gerügt und nicht die Altanschießerbeiträge als solches.

Der Landrat bezieht sich auf den Redebeitrag von Herrn Peters und betont, dass die Verwaltung bei ihren Entscheidungen nach Recht und Gesetz gehandelt hat und verweist darauf, dass Herr Peters natürlich auch das Recht einer Klage vor dem Sozialgericht hat.

Herr Zalenga betont, dass er sich umgehend darum kümmern wird, dass die letzten Schreiben von Herrn Peters beantwortet werden.

Weitere Wortmeldungen von Bürgern aus dem Landkreis Oder-Spree gibt es nicht.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Geschäftsbericht des Landrates

Zu Beginn informiert Herr Dr. Berger die Abgeordneten über eine am 02.06.16 stattgefundene Beratung im Ausschuss für Inneres und Kommunales des Landtages. An dieser Fragestunde zum Thema Kreisgebietsreform nahmen die Landräte, Kreistagsvorsitzenden, Gemeindevertreter, Gewerkschaften und Personalräte statt. Die Fragestunde des Landkreises Oder-Spree fand gemeinsam mit dem Landkreis Märkisch-Oderland und der Stadt Frankfurt (Oder) statt. Die Redezeit betrug jeweils 5-10 Minuten, um die jeweiligen Anliegen vorzutragen. Herr Dr. Berger betont, dass er sich an die vom Kreistag beschlossene Stellungnahme zum Entwurf eines Leitbildes der Verwaltungsstrukturreform gehalten hat. Er verwies darauf, dass der Entwurf des Leitbildes zur Kreisgebietsreform inhaltlich abgelehnt wird und auch entsprechende Forderungen aufgestellt wurden.

Die Stadt Frankfurt (Oder) hat in der Anhörung ebenfalls an ihren Positionen festgehalten und betont, dass sie auch den künftigen Kreissitz stellen möchte.

Der Landrat sagt anschließend, dass er sich den Worten von Herrn Dr. Berger anschließen kann. Er betont, dass der Entwurf des Leitbildes ein Sammelsurium von Beliebigkeiten und inneren Widersprüchen darstellt.

Herr Zalenga bietet den Abgeordneten an, bei Interesse Einsicht in die verfassungsrechtliche Bewertung des Leitbildentwurfes aus dem Innenministerium - sie umfasst 83 Seiten - zu nehmen. Falls dies der Fall ist, möchten sich die Abgeordneten im Sekretariat Landrat melden.

Der Landrat betont anschließend, dass die Bildung des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration richtig ist und auch so fortgesetzt wird. Obwohl die Flüchtlingszahlen derzeit niedrig sind, so wurden bis Mitte 2016 bereits über 650 Flüchtlinge im Landkreis Oder-Spree untergebracht. Die Integration von Flüchtlingen wird weiterhin ein wichtiges Thema bleiben.

Auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE nach der Einführung einer Gesundheitskarte für Geflüchtete sagt der Landrat, dass die grundsätzliche Position dazu durchaus positiv ist. Er betont jedoch, dass die Handhabung der Gesundheitskarte durch die Rahmenvereinbarungen mit den Krankenkassen und den kassenärztlichen Vereinigungen ineffektiv und sehr teuer ist.

Der Landrat geht davon aus, dass er zum nächsten Kreistag am 05.10.2016 den Abgeordneten eine entsprechende Vorlage zur Entscheidung über die Gesundheitskarte vorlegen wird.

Danach informiert Herr Zalenga die Abgeordneten, dass mit Datum vom 18.04.2016 Herr Michael Buhrke, Dezernent für Finanzen, Ordnung und Innenverwaltung, entsprechend § 56 der Kommunalverfassung zum weiteren Stellvertreter des Landrates nachrangig zu den Beigeordneten bestimmt wurde.

Abschließend erklärt der Landrat: „Ich erkläre hiermit an dieser Stelle, dass ich mit Ablauf des 8. Februar nächsten Jahres meine Funktion als Landrat dieses Landkreises abgeben werde“. Er verweist darauf, dass der Kreistag Oder-Spree dann mit einer neuen Verwaltungsspitze die Möglichkeit hat, sich den Aufgaben der Zukunft, vor allem der anstehenden Kreisgebietsreform, zu stellen.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Beantwortung schriftlicher Anfragen der Fraktionen durch den Landrat

Die Anfrage von Herrn Dr. Pech, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, zur Essensversorgung für geflüchtete Kinder und Jugendliche wird vom Landrat beantwortet und liegt dem Protokoll als Anlage 2 bei.

Zu TOP 7 Neufassung der Anlage 1 „Zuständigkeit der Ausschüsse für Produktgruppen und Produkte“ der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree Vorlage: 032/2016

Herr Dr. Pech, Fraktion DIE LINKE, stellt folgenden Änderungsantrag zur Vorlage 032/2016: Auf der Seite 3 beim Ausschuss für Soziales und Gesundheit soll nach Nr. 311 die Nr. 312 Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II eingefügt werden. Herr Dr. Pech verweist darauf, dass die Fraktion DIE LINKE nur bei Zustimmung des Änderungsantrages der Vorlage 032/2016 zustimmen wird.

Frau Siebke, SPD-Fraktion, verweist darauf, dass der vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE bereits mehrfach als Einzelantrag eingebracht wurde. Sie bittet die Abgeordneten darum, den Änderungsantrag abzulehnen.

Herr Dr. Zeschmann, Fraktion BVB/Freie Wähler, ist für die Aufnahme des Änderungsantrages, damit der Kreistag seine Kontrolltätigkeit entsprechend nutzen kann.

Herr Dr. Stiller, Fraktion DIE LINKE, kritisiert, dass er von der neuen Verwaltungsstruktur erst aus der Zeitung erfahren hat. Er unterstützt den Änderungsantrag seiner Fraktion und verweist darauf, dass in diesem Zusammenhang die Zuständigkeit des Kreisausschusses für die Koordinierung der Arbeit der Fachausschüsse hätte geklärt werden können.

Zunächst bittet Herr Dr. Berger um die Abstimmung des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE.

Mehrheitlich abgelehnt
14 Ja, 2 Enthaltungen

Abschließend bittet Herr Dr. Berger die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 032/2016.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die beigefügte Neufassung der Anlage 1 „Zuständigkeit der Ausschüsse für Produktgruppen und Produkte“ der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 4 Enthaltung 10

**Zu TOP 8 Wahl der Beschäftigtenvertreter und ihrer Stellvertreter für den Werksausschuss des Eigenbetriebes KWU
Vorlage: 019/2016**

Zur Beschlussvorlage 019/2016 gibt es keine Wortmeldungen oder Nachfragen.
Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten dann um die Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag wählt auf Vorschlag der Beschäftigten des Eigenbetriebes KWU

Herrn Karsten Bohrerzum Mitglied

Frau Veronika Hoffmann zum Mitglied

Frau Evelyn Neidhardtzum Mitglied

Herrn Maik Winkler.....zum stellvertretenden Mitglied

Herrn Horst Borkenhagen.....zum stellvertretenden Mitglied

Herr Thomas Pohland zum stellvertretenden Mitglied

des Werksausschusses des Eigenbetriebes KWU.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 0

**Zu TOP 9 Antrag des Trägers Helios Klinikum Bad Saarow zur Aufnahme der Kindertagesstätte "Filius" in Bad Saarow in den Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 029/2016**

Herr Prof. Stock, CDU-Fraktion, verweist auf die Terminänderung zur Aufnahme der Kindertagesstätte „Filius“ in Bad Saarow in den Bedarfsplan.

Dazu fand im Jugendhilfeausschuss eine rege Diskussion statt. Die Regelung, dass eine Aufnahme nur am Anfang eines Jahres erfolgen kann, ist systemwidrig und funktioniert so mit dem SGB VIII nicht. Er bittet die Abgeordneten darum, der geänderten Beschlussvorlage 029/2016 ein letztes Mal mit dieser Frist zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung der Beschlussvorlage 029/2016.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Aufnahme der Kindertagesstätte „Filius“ in Bad Saarow in den Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung des Landkreises zum ~~01.09.2016~~ **01.01.2017**

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 10 Grundsatzbeschluss zur planerischen Vorbereitung der Erneuerung der K 6741, Abschnitt 010, 2. Bauabschnitt (2.BA) von der OL Neuendorf im Sande bis zum OA Buchholz
Vorlage: 031/2016**

Zur Vorlage 031/2016 gibt es keine Wortmeldungen und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren planerischen Vorbereitung der Erneuerung der K 6741, Abschnitt 010, 2. BA von der OL Neuendorf im Sande bis zum OA Buchholz in Richtung Gölsdorf auf einer Länge von 3.360 m.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 11 Grundsatz- und Baubeschluss für die Herrichtung der Liegenschaft "Am Fuchsbau 10, 15526 Bad Saarow, OT Petersdorf" zur Flüchtlingsunterkunft
Vorlage: 005/2016**

Frau Prof Böhm, Fraktion DIE LINKE, kritisiert, dass die Beschlussvorlage 005/2016 nicht durch den Bauausschuss gegangen ist. Da es sich hierbei um eine wichtige Baumaßnahme

handelt, kann sie nicht nachvollziehen, warum der Bauausschuss hier nicht informiert und gefragt wurde. Sie ist der Meinung, dass es eine Möglichkeit geben sollte, dass im Kreistag zunächst über den Grundsatzbeschluss befunden wird und der Baubeschluss dann über eine Sitzung des Bauausschusses vorbereitet wird.

Frau Prof. Böhm betont, dass sie der Vorlage 005/2016 in der vorliegenden Form so nicht zustimmen kann.

Herr Dr. Zeschmann kann die Äußerungen von Frau Prof. Böhm nachvollziehen und appelliert an die Verwaltung, dass die beschlossene Zuständigkeitsordnung auch eingehalten wird, damit der Kreistag seiner Aufgabe auch gerecht werden kann.

Herr Buhrke erläutert anschließend, dass es sich bei der genannten Liegenschaft um eine Liegenschaft des Bundes handelt und auch bleibt. Die Baukosten werden zunächst vom Landkreis Oder-Spree vorfinanziert und dann vom Bund zurückerstattet. Dazu wurde eine entsprechende Erstattungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und dem Landkreis Oder-Spree abgeschlossen.

Herr Beier, NPD, kritisiert, dass sich die Verwaltung nicht für eine kostengünstigere Variante entschieden hat, da die veranschlagten hohen Kosten von über 3.000.000 € für wichtigere Baumaßnahmen wie Schulausbau, Straßenbau, Kita usw. fehlen.

Abschließend bittet Herr Dr. Berger die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 005/2016.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Vorbereitung und Durchführung der Herrichtung der Häuser 1 und 5 der Liegenschaft Am Fuchsbau 10, 15526 Bad Saarow, OT Petersdorf zur Flüchtlingsunterkunft

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 2 Enthaltung 6

Zu TOP 12 Veränderungen in den Ausschüssen

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird Herr Mike Zieseler als sachkundiger Bürger in den Fachausschuss Haushalt und Finanzen berufen.

Anschließend bedankt sich Frau Alter, SPD-Fraktion, bei allen Beteiligten, die sich bei der Betreuung und Begleitung von Flüchtlingen während ihres Aufenthaltes in den Odersun-Hallen engagiert haben

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 1

Dr. Franz H. Berger

Vorsitzender des Kreistages

stellv. Vorsitzende des
Kreistages

Renate Wießner

Schriftführer/in